

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der ÖVP stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 13.12.2023 gemäß § 23 GO-BV folgende

Anfrage an die Frau Bezirksvorsteherin zum Planungsstand „Vorplatz S45 Breitensee“

Mittels Flugblatt hat die Bezirksvorstehung zu zwei Informationsveranstaltungen zur Umgestaltung des „Vorplatzes S45 Breitensee“ eingeladen.

1. Wie viele Personen waren bei den beiden für Werktätige ungünstigen Terminen (zwei Werktage, jeweils nachmittags) anwesend? Wie stellen Sie sicher, dass ein repräsentativer Querschnitt der Bevölkerung partizipiert kann?
2. Im Flugblatt ist von einem Planungsbüro die Rede. Wer ist das Planungsbüro? Wer hat es wann beauftragt und welche Kosten für das Planungsbüro sind bisher angefallen? Auf Basis welchen Briefings hat das Planungsbüro welche Entwürfe geliefert?
3. Handelt es sich beim Planungsbüro um die Firma Korbwurf und beim Konzept um jenes vom 25.07.2017?

Wenn ja: Wie ist der Vertragszustand mit dem Planungsbüro? Was ist der genaue Stand der Planungen? Haben sich die Planungsgrundlagen in den letzten 6 Jahren nicht geändert? Was ist in den letzten 6 Jahren mit den Planungen passiert?

Wenn nein: Warum nicht? Wer ist das neue Planungsbüro? Was ist mit dem Konzept aus 2017 passiert?

4. Welche Ideen und Vorschläge haben die teilnehmenden Bürgerinnen und Bürger eingebracht? Wie erfolgt die Information der Bezirksvertretung bzw. die Rückmeldung an das Planungsbüro?
5. Warum setzen Sie nicht ein transparentes und offenes Projektmanagement auf, das einer modernen Stadtverwaltung würdig ist? Warum muss man immer allen Informationen nachlaufen, so dass die Bezirksvertretung und interessierte Bürgerinnen und Bürger quasi zu Informations-Bittstellern werden?

Begründung:

Bei einem Projekt dieser Größenordnung können Bezirksvertretung und Bevölkerung größtmögliche Transparenz erwarten. Immerhin ist anzunehmen, dass ein beträchtlicher Teil des frei verfügbaren Budgets des Bezirks für die Neugestaltung des genannten Platzes aufzuwenden sein wird.

Die Erfahrung vorangegangener Projekte lässt befürchten, dass die Entscheidungen wieder hinter verschlossenen Türen und im stillen SPÖ-Kämmerlein im Rathaus getroffen werden.

Das gesetzlich verankerte Instrument der „Anfrage“ kann eine Möglichkeit sein, jeweils den aktuellen Planungs- und Diskussionsstand zu erfahren und so interessierte Bürgerinnen und Bürger bestmöglich zu informieren und teilhaben zu lassen.

BezR. Mag. Markus Keschmann
Klubobmann

BezR. Sebastian Mühlbauer, MA BA BA